

Die Monatszeitschrift // 609 // März 2025

LATEIN AMERIKA

NACHRICHTEN

5,50 Euro
Ausland 6,- Euro



KOLUMBIEN // IM UMBRUCH // Kabinettskrise in der Regierung

ABYA YALA // IM SCHOCK // Folgen von Trumps Politik in der Region

ECUADOR // IM CHOR // Frauen singen für ihr Territorium

Diese unabhängigen Medien in Lateinamerika brauchen dich!



Armando.Info (Venezuela) deckt Korruption auf.

Baudó AP (Kolumbien) berichtet über Umwelt & Menschenrechte.

Data Crítica (Mexiko) nutzt Daten für soziale Gerechtigkeit.

Revista Anfibia (Argentinien) erzählt Geschichten, die bewegen.

Vorágine (Kolumbien) deckt Missstände auf, die andere verschweigen.



LATEINAMERIKA NACHRICHTEN NACHRICHTEN AUS ABYA YALA

Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Tel.: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90
www.lateinamerika-nachrichten.de
redaktion@LN-Berlin.de

Die nächste Ausgabe der LN erscheint am 14. April 2025

Titelfoto: © Aline Arruda // Still aus dem Film *A melhor mãe do mundo*, der auf der diesjährigen Berlinale lief (siehe Artikel auf Seite 44)



// SOLIDARITÄT STATT SCHOCKSTARRE

Am 8. März werden wir auf die Straße gehen, um für die Rechte von Frauen und queeren Menschen zu kämpfen. Eigentlich wollten wir dieses Editorial dem sich ausbreitenden Faschismus widmen und der Notwendigkeit, weiterhin feministisch aktiv zu sein, um diese Rechte zu verteidigen. Dann stellen wir fest, dass wir genau dieses Edi schon letztes Jahr geschrieben hatten (siehe LN 597). Diese Feststellung ist keineswegs nur ein Déjà-vu, sondern veranschaulicht eine besorgniserregende Realität: Die Situation bleibt nicht etwa nur gleich, sie wird sogar schlimmer. Vor diesem Hintergrund haben wir uns die Frage nach unserer Rolle als unabhängigem Medium gestellt. Die Presse wird zwar oft als „vierte Gewalt“ bezeichnet, doch ihre Unabhängigkeit ist heute weltweit enorm gefährdet.

Ein unabhängiges Medium zu sein bedeutet, zuverlässige Informationen zu produzieren, die frei von politischen und wirtschaftlichen Vorgaben sind. Diese Möglichkeit ist keine Selbstverständlichkeit: In Mittelamerika ergab eine Studie der Universität von Kalifornien, dass bei sieben von zehn Journalist*innen der Staat über ihre Veröffentlichungen Kontrolle ausübt. Acht von zehn sehen Drohungen und Druck als unvermeidlichen Alltag an. Angriffe auf die Presse sind kein isoliertes Phänomen und steigen nicht nur in diesen Teilen der Welt an: Sie folgen einem eingespielten Muster. Überall dort, wo autoritäre Regime an die Macht kommen, greifen sie in erster Linie unabhängige Medien an. Denn diese stören: Sie recherchieren, prangern an, decken Korruption und Menschenrechtsverletzungen auf.

In vielen sogenannten demokratischen Ländern wie auch Deutschland gibt es zwar keine offizielle Zensur, dafür aber ein komplizenhaftes Schweigen zu heiklen Themen: Femizide, Polizeigewalt, linker Aktivismus usw. Das liegt unter anderem daran, dass unabhängig zu sein nicht bedeutet, frei von Zwängen zu sein. Die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Stimmung und das Werben um die Gunst der Leser*innen kann indirekt Druck auf Redaktionen aufbauen.

Noch viel direkteren Einfluss nimmt die Finanzierung durch Förderungen: Im Januar 2025 fror die Trump-Regierung mehr als 268 Millionen US-Dollar ein, die für die Unterstützung unabhängiger Medien vorgesehen waren und versetzte viele lateinamerikanische Medien in Schock (siehe Seite 30). Die finanzielle Lage vieler unabhängiger Medien ist instabil. In einer Zeit, in der Milliardäre zeitgleich die meisten großen Medien aufkaufen und so zur Verankerung rechtsextremer Ideen im gesellschaftlichen Diskurs beitragen, ist die Unterstützung unabhängiger Strukturen ein Akt des Widerstands.

Unabhängigkeit ist nicht mit Neutralität gleichzusetzen. Sich zu weigern, im Sold der Mächtigen zu stehen, heißt, kritisch und engagiert Bericht zu erstatten, sich nicht den Interessen großer Unternehmen zu beugen, sondern denen eine Stimme zu geben, die sonst zu wenig Gehör finden. Es ist oft investigativem Journalismus zu verdanken, dass Menschenrechte vorangebracht werden: So hat beispielsweise die Berichterstattung über die dramatische Realität illegaler Abtreibungen den Kampf für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch befeuert (siehe Seite 40).

Den unabhängigen Journalismus zu unterstützen bedeutet, einen Raum zu verteidigen, in dem Kritik möglich ist, in dem feministische, queere, antirassistische und soziale Kämpfe kompromisslos weitergetragen werden können. Es bedeutet auch, Solidarität aufzubauen, Netzwerke zu bilden und sich gegenseitig zu schützen. In diesem Sinne rufen wir zu Spenden auf, um unabhängige und feministische Medien in Lateinamerika zu unterstützen (siehe Nebenseite). Denn „kritisch, solidarisch, unabhängig“ sind nicht nur Worte, sondern Prinzipien, für die wir uns seit unserer Gründung einsetzen.

ARGENTINIEN

- 6 **Alle zusammen gegen den Faschismus** // Ein schillernder Demozug mit einer klaren Botschaft

MEXIKO/KOLUMBIEN

- 9 **„Sie übernehmen Aufgaben, die der Staat erfüllen sollte“** // Interview mit Aktivist*innen gegen das gewaltsame Verschwindenlassen

KOLUMBIEN

- 13 **Crescendo der Enttäuschung** // Kolumbien steckt in multiplen Krisen
- 16 **„Es erfordert Mut, trans zu sein“** // Interview mit der Veteranin der Kämpfe für die Rechte von trans Personen Pamela Montaña Díaz

ECUADOR

- 18 **Wahlen im polarisierten Land** // Faktisches Unentschieden zwischen Daniel Noboa und Luisa González nach erster Wahlrunde
- 20 **El canto como signo de resistencia** // Mujeres del campo se unen en defensa de su territorio, tradiciones y cultura contra un proyecto hidroeléctrico
- 23 **Gesang im Zeichen des Widerstands** // Frauen aus ländlichen Regionen haben sich zur Verteidigung ihres Territoriums und ihrer Kultur gegen ein Wasserkraftwerk zusammengetan

ABYA YALA/USA

- 26 **Intersektionale Ansätze** // Schwarze Frauen in den vorderen Reihen der Kämpfe für Gerechtigkeit
- 30 **Ein Kontinent unter Druck** // Die Auswirkungen von Trumps zweiter Amtszeit an sechs Beispielen
- 34 **Ein Tag ohne Migrant*innen** // Aktionen und Reaktionen auf Trumps Spektakel des einwanderungsfeindlichen Hasses

HAITI

- 38 **Schrei im Schlachthaus** // Haitis Balanceakt am Abgrund

CHILE

- 40 **„Der Kongress ist vom Bürgerwillen abgekoppelt“** // Interview mit Siomara Molina Sáez über den neuen Gesetzesvorschlag zum universellen Recht auf Schwangerschaftsabbruch

BERLINALE

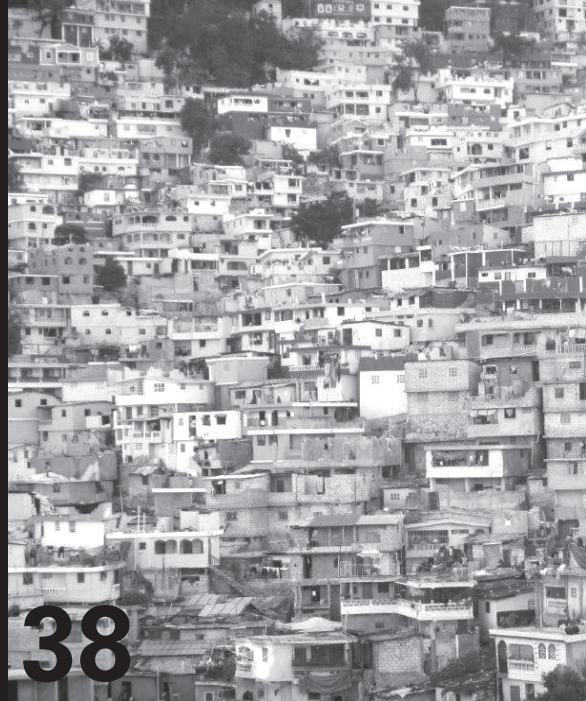
- 44 **Magisch und realistisch** // Die lateinamerikanischen Filme der Berlinale 2025 bestachen mit Stil und Storys
- 46 **Zukunft mit Verfallsdatum** // In *O Último Azul* beraubt der Staat alte Menschen per Gesetz ihrer Selbstbestimmung



Foto: Canek Huerta-Martínez



34



38

Foto: Privat

▲ **HAITI**
US-Politik als eigentlicher Eskalator der Katastrophe Im Bild einen Viertel von Port-au-Prince, vom privilegierten Vorort Pétionville aus gesehen

◀ **ABYA YALA/USA**
Demo in Los Angeles Mit Tanz und Protest gegen Trumps Migrationspolitik

47 **Poesie des Peripheren** // In Iván Funds enigmatischem Roadmovie *El Mensaje* wird ein Kind zum Medium für die Botschaften von Tieren

FILM

49 **Aus dem Kino ins kollektive Gedächtnis** // *Ainda estou aqui* unterstreicht die Bedeutung des Kinos als kritisches Instrument für den sozialen Wandel

LITERATUR

52 **Lyrrik aus Lateinamerika** // Ein Gedicht von Ana Martins Marques

54 **Dichter, Priester, Revolutionär** // Ernesto Cardenals Leben, Werk und Beziehung zu Deutschland

KURZNACHRICHTEN // SERVICE // IMPRESSUM

55 **Brasilien // El Salvador // Kolumbien // Guatemala // Die gute Nachricht zum Schluss**

EIN TAG OHNE MIGRANT*INNEN

AKTIONEN UND REAKTIONEN AUF TRUMPS SPEKTAKEL DES EINWANDERUNGSFEINDLICHEN HASSES

US-Präsident Trump hat direkt zum Beginn seiner Amtszeit Exekutivverordnungen zur Einschränkung irregulärer Migration, Begrenzung des Migrationsrechts und Reduzierung der Rechte von Migrant*innen und Asylsuchenden erlassen. Diese Maßnahmen haben erhebliche Auswirkungen auf das Leben von Migrant*innen und ihre Familien. Migrant*innen, Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen des kollektiven Begegnungsraums „Narrative der Grenzen aus feministischer Perspektive“ diskutieren in dieser Analyse, welche Veränderungen und Kontinuitäten in der US-amerikanischen Anti-Migrationspolitik bestehen, wie die Regierungen Lateinamerikas darauf reagieren und wie sich Migrant*innen organisieren.

Bis zum 12. Februar 2025 hat Donald Trump mehr als 60 Exekutivverordnungen unterzeichnet – ein Rekord in den vergangenen 40 Jahren. Eine Exekutivverordnung ist eine präsidiale Anordnung ohne die Kontrolle anderer Regierungsgewalten. Diese können jedoch vor Gericht angefochten und blockiert werden, was in einigen Fällen bereits geschehen ist. Mehr als die Hälfte der Verordnungen zielen darauf ab, Migration einzuschränken und die Rechte von Migrant*innen sowie Asylsuchenden zu beschneiden. Sie spiegeln die Kontinuität einer migrationsfeindlichen Politik wider, die auf Kriminalisierung, einer verschärften Sicherheitspolitik und Militarisierung basiert. Irregulär migrierte Personen und Asylsuchende werden als „Bedrohung“ der nationalen Sicherheit dargestellt.

Am 20. Januar, Tag Eins seiner Amtszeit, unterzeichnete der Präsident mindestens sechs Exekutivverordnungen im Zusammenhang mit Migration und der sogenannten „Grenzsicherheit“. Er erklärte einen „nationalen Notstand“ an der Grenze zu Mexiko, entsandte 1.500 Polizeikräfte und setzte das Programm *Quédate en Mé-*

xico („Bleib in Mexiko“), auch bekannt als *Migrant Protection Protocols (MPP)*, wieder in Kraft. Dieses Programm kam bereits 2019 zur Anwendung und wurde Mitte 2022 eingestellt. Es zwingt Asylsuchende, die an der US-Südgrenze ankommen, dazu, in Mexiko zu bleiben, während ihre Fälle vor US-amerikanischen Einwanderungsgerichten verhandelt werden.

Trump schaffte außerdem die App *CBP One* ab, über die Asylsuchende zuvor ein Formular ausfüllen mussten, um einen Termin an den Grenzübergängen zwischen den USA und Mexiko zu erhalten (siehe *LN 594*). Dadurch wurden Tausende von bereits vereinbarten Terminen storniert, sodass Schutzsuchende an den Grenzübergängen strandeten. Zudem setzte Trump das *Resettlement*-Programm für Geflüchtete aus und erweiterte die grenzpolizeilichen Operationen innerhalb der USA ohne richterliche Anordnung. Dies führte dazu, dass Tausende von Geflüchteten in Unsicherheit zurückblieben und Abschiebungen ohne rechtsstaatliches Verfahren ermöglicht wurden.

60 Exekutivverordnungen in 3 Wochen

Mit einer weiteren Verordnung hob Trump den *Temporary Protected Status (TPS)* für Venezolaner*innen auf. Schätzungsweise hatten mindestens 600.000 Personen von diesem temporären Schutzstatus profitiert. Nun sind sie von Abschiebung bedroht sowie arbeitsrechtlicher Unsicherheit und verstärkter Ausbeutung ausgesetzt, da ihre Arbeitserlaubnisse erloschen sind. Zusätzlich drohen ihnen erhebliche Risiken, sollten sie in ein Land zurückkehren müssen, in dem Migration ebenfalls kriminalisiert wird.

Die US-Regierung, die offen feindselig gegenüber migrierten und verarmten Menschen agiert, erhöhte zudem die Mindestquoten für Verhaftungen und Abschiebungen durch die



Foto: Canek Huerta-Martínez

▲ „Ignoranz bekämpfen, nicht Migration!“ Migrant*innen setzen der Entmenschlichung Würde entgegen

Einwanderungs- und Zollbehörde ICE. Gleichzeitig wurden verschiedene Gruppen zu Terrororganisationen erklärt – darunter mexikanische und venezolanische Kartelle wie Tren de Aragua. Dies dient nicht nur der Rechtfertigung der Aufhebung des TPS, sondern auch der Legitimierung des Einsatzes US-amerikanischer Sicherheitskräfte auf mexikanischem Boden.

Es ist zu beobachten, wie Abschiebungen mit unmenschlichen, erzwungenen Trennungen von Familien die Angst und posttraumatischen Belastungsstörungen innerhalb der transnationalen Migrant*innengemeinschaft verstärken. Berichte über Abschiebeflüge belegen, dass es dabei zu menschenunwürdiger Behandlung kommt. Zudem besteht die Gefahr eines plötzlichen Einbruchs der Rücküberweisungen von Geld, die das Überleben von Familien in Mexiko, Mittel- und Südamerika sowie in der Karibik sichern.

Ein weiteres Problem für migrantische Gemeinschaften, die um ihr Überleben und das Recht auf Migration kämpfen, ist die Kürzung der Mittel für die US-Entwicklungsagentur USAID (siehe Seite 30). Paradoxerweise finanzierte diese unter be-

stimmten Bedingungen humanitäre Projekte, darunter Programme für irregulär migrierte Menschen auf der Durchreise. Zudem versuchte Trump, das Geburtsrecht auf Staatsbürgerschaft abzuschaffen – eine Maßnahme, die aufgrund ihrer Verfassungswidrigkeit umgehend von Bundesgerichten blockiert wurde.

Große mediale Inszenierung

Angesichts dieser Entwicklungen ist es entscheidend, die Maßnahmen Trumps und der US-amerikanischen Rechten als eine auf Hass und medialer Inszenierung basierende Strategie zu entlarven: Es gibt ein massives Ungleichgewicht zwischen der Verbreitung hasserfüllter Narrative und der tatsächlich umgesetzten Politik. Denn bis heute gibt es keine Klarheit darüber, wie viele der Exekutivverordnungen tatsächlich durchgesetzt werden und welche Auswirkungen sie haben werden.

Besonders im Bereich der Abschiebungen verdeutlicht Eileen Truax, Journalistin mit Schwerpunkt Migration, gegenüber LN, wie die mediale

Inszenierung die Realität der Zahlen verzerrt: „Im Jahr 2024 wurden 14.000 Menschen nach Kolumbien abgeschoben. Das entspricht 38 Abschiebungen pro Tag, 760 in 20 Tagen – doppelt so viele wie Trump in seinen ersten 20 Amtstagen durchführte“, so Truax.

Migrant*innen reagieren auf unterschiedliche Weise auf diese Situation. Viele Menschen mit einem irregulären Aufenthaltsstatus in den USA sehen ihren Alltag massiv beeinträchtigt: Sie haben Angst, zur Arbeit zu gehen, ihre Kinder zur Schule zu schicken und dort möglicherweise festgenommen zu werden. In betroffenen Haushalten mussten sich diejenigen, die von Abschiebung bedroht sind, organisieren, um notwendige Besorgungen und Erledigungen zu machen, während andere gezwungen sind, in ihren Häusern zu bleiben.

Gleichzeitig mischen sich Angst, Wut und Würde. Historische migrantische Kämpfe gegen anti-migrantische Narrative und Maßnahmen leben wieder auf und entwickeln neue Ausdrucksformen. Vor allem junge Menschen lateinamerikanischer Herkunft und Indigene Gruppen Nordamerikas organisieren sich in ihren Gemeinschaften und über soziale Netzwerke, gehen auf die Straßen und beteiligen sich an Demonstrationen. Sie protestieren und setzen der Entmenschlichung Würde entgegen: „Wir sind hier, und wir sind keine Kriminellen!“ Zudem organisierten sie eine landesweite Mobilisierung unter dem Motto „#EinTagohne-Migrant*innen“. Menschen blieben der Arbeit fern und Geschäfte schlossen, um auf die Bedeutung von Migrant*innen für die Gesellschaft und Wirtschaft aufmerksam zu machen.

Kollektiv zusammenstehen

Es entstehen alternative Narrative, die sich gegen Hass richten, die Vielfalt, Mehrsprachigkeit, Multikulturalität und die Solidarität feiern, die Abya Yala auszeichnen – sichtbar auf Protestplakaten, in Slogans, Worten und Liedern. Organisationen, Kollektive und Einzelpersonen auf der ganzen Welt starten Kampagnen zur Unterstützung, Aufklärung und Bewusstseinsbildung. Es gibt auch spontane Formen des Widerstands, wie der Fall eines Abschiebeflugs nach Brasilien am 24. Januar zeigt. Aufgrund technischer Pro-

bleme musste das Flugzeug zweimal zwischenlanden. Die Migrant*innen an Bord, die ohne Klimaanlage und in Handschellen abgeschoben wurden, rebellierten gegen die US-Behörde in Manaus, die für den Flug verantwortlich war. Dadurch gelang es ihnen, das Flugzeug zu verlassen und die brasilianischen Behörden zum Handeln zu bewegen. Außerdem schafften sie es, für sich selbst zu sprechen – anstatt lediglich als Bilder von gefesselten, mit gesenktem Blick gehenden Menschen in Erinnerung zu bleiben.

Kooperation zulasten von Migrant*innen

Andere wichtige, allerdings gegenläufige Reaktionen beziehen sich auf die internationale Zusammenarbeit einiger lateinamerikanischer Regierungen mit den USA im Bereich Migration, die sich „verpflichtet“ haben, abgeschobene Personen – sowohl Staatsangehörige als auch Nicht-Staatsangehörige – aufzunehmen. Diese Situation stärkt die Sicherheits- und Militarisierungspolitik an den Grenzen. Zentralamerikanische Länder haben eine Kooperation entwickelt, die ihre Interessen daran ausrichtet, Abschiebungsprozesse durchzuführen und Migration an sich aufzuhalten. Diese Kooperation ist „das Ergebnis des ersten Besuchs des US-Außenministers Marco Rubio in Zentralamerika, bei dem er die Region bereiste, um die Allianz zur Umsetzung des migrationsfeindlichen Projekts von Präsident Donald Trump zu garantieren“, so Cindy Espina im zentralamerikanischen Onlinemedium *Hora Cero*. Neben den entstandenen Vereinbarungen mit Guatemala und El Salvador (siehe Seite 31) bekräftigte Panamas Regierung ihren Willen, die Grenzkontrollen im Darién-Dschungel zu verstärken und die Abschiebung regionaler und außerkontinentaler Migrant*innen fortzusetzen. Ebenso wurde Guantánamo auf Kuba erneut als extraterritoriales Haftzentrum für Migrant*innen bestätigt, wodurch eine seit 60 Jahren bestehende Politik fortgesetzt wird (siehe Seite 32). In den fast 30 Tagen seiner Regierung hat Präsident Donald Trump Vereinbarungen getroffen, um die bereits langjährige Politik der praktischen Verschiebung der Südgrenze der USA in der Region zu verstärken. Vor dem Hintergrund des komplexen Zollstreits mit Drohungen von Straf-

zöllen (siehe Seite 31) ließ sich Mexiko darauf ein, 10.000 zusätzliche Soldat*innen an seiner Nordgrenze zu stationieren und die Praxis zur Eindämmung der Migration fortzusetzen. Gleichzeitig konzentriert sich die mexikanische Regierung ausschließlich auf die Betreuung abgeschobener mexikanischer Staatsbürger*innen. Sie zeigt damit ein mangelndes Interesse, Migrant*innen aus anderen Ländern, die in Mexiko gestrandet sind, zu unterstützen.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen ist zu erwarten, dass Trump bilaterale Vereinbarungen mit Guatemala und Mexiko anstrebt, um sogenannte sichere Drittstaaten zu etablieren. Dies bedeutet, dass die USA Asylanträge von Personen ablehnen können, die zuvor durch ein anderes Land gereist sind, das als sicher gilt. Die USA wollen durch dieses Instrument ihrer asylrechtlichen Verantwortung entgehen. Gleichzeitig können sie die beteiligten Länder dazu drängen, Maßnahmen zur Eindämmung von Migration zu ergreifen, um zu verhindern, dass Migrant*innen in ihre Länder und in die USA gelangen. Dieses Verfahren, das auf der Flüchtlingskonvention von 1951 basiert, besagt, dass ein Land einem Menschen, der in seinem Herkunftsland gefährdet ist, das Asyl verweigern und ihn an ein Drittland verweisen kann, das über die nötigen Bedingungen verfügt, um der Person Sicherheit zu bieten.

Kämpfe gegen hasserfüllte Narrative

Während Länder wie El Salvador, Guatemala, Panama und Mexiko bereit sind, für Trump die Migration in die USA zu stoppen, forderten die Präsidenten von Kolumbien und Brasilien einen menschenwürdigen Umgang mit abgeschobenen Staatsangehörigen. In Argentinien und Chile ha-

ben die Regierungen ihre eigenen Pläne zur Verstärkung der politischen Grenzkontrollen, zur Erleichterung von Abschiebungen und zur Einschränkung des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen für bestimmte Migrant*innen geschmiedet, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Im Fall von Chile ist dies mit einem zunehmenden Rassismus und Xenophobie gegen arme und Schwarze Migrant*innen verbunden (siehe LN 608). Die nordamerikanische Erzählung wird übernommen, Migrant*innen in irregulärem Status als Bedrohung darzustellen. In diesen dunklen Zeiten, in denen sich die Rechte in verschiedenen Ländern behauptet und die Kontexte voller Gewalt, Angst und hasserfüllter Narrative sind, müssen wir kollektiv zusammenstehen. Das bedeutet, Kämpfe von Migrant*innen zu unterstützen, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der USA stattfinden. Und, sich den lokalen und internationalen Organisationen anzuschließen, die auf die Gewalt reagieren. Wir fordern eine Migrationspolitik – gemeinsam mit den lateinamerikanischen und karibischen Ländern – die auf dem Prinzip des *pro-persona* basiert. Dies bedeutet die größtmögliche Achtung, Förderung und den Schutz der Menschenrechte von Migrant*innen und Asylsuchenden. Ebenso schließen wir uns als Kollektiv den Forderungen nach einem Ende der Auslagerung der US-amerikanischen Grenzen an.

// Autor*innen: Amarela Varela-Huerta, Elisa Robbe, Indi-Carolina Kryg, Julia Ferreira Scavitti, María Fernanda Vaca García, Meixi Batista, Pilar Ortiz, Soledad Álvarez Velasco, Vanessa Maldonado Macedo, Victoria Ríos-Infante
Übersetzung: Indi-Carolina Kryg

GRENZÜBERSCHREITENDES KOLLEKTIV

Das Encuentro de la Colectiva Narrativas de Fronteras desde los Feminismos (kollektiver Begegnungsraum „Narrative der Grenzen aus feministischer Perspektive“) besteht aus mehr als 100 Forscher*innen, Aktivist*innen und Chronist*innen der Grenzen und Migration aus 17 Ländern, hauptsächlich aus Abya Yala. Dieser Raum wurde geschaffen, um über Kämpfe, Studien, Feldarbeiten, Begleitungen und Projekte im Zusammenhang mit zeitgenössischen Migrationsbewegungen ins Gespräch zu kommen.